



(WAA) Wackersdorf und am Atommeiler Brokdorf, der im Oktober in Betrieb ging. Hunderte von Demonstranten meldeten sich nach polizeilichen Gaskanonenkrank oder mußten in Krankenhäuser eingeliefert werden. Hausärzte und Fachmediziner wurden allerorten mit bisher nicht für möglich gehaltenen Krankheitsbildern konfrontiert.

Der Schwandorfer Internist Walter Angebrand war „sehr überrascht“, bei seinen Patienten ein Ausmaß an Verbrennungen ersten und zweiten Grades, an Augenverletzungen oder toxischen Lungenödemen festzustellen, wie sie „bisher nur entweder in geschlossenen Räumen oder bei Unfällen erreicht wurden“, so der Toxikologe Dauderer.

Die Wackersdorferin Romana Tordi, 23, litt noch nach zehn Wochen an den Folgen eines Gaseinsatzes. Die Lei-

stungssportlerin, ausgebildet in Karate, war an einem Sonntag mit einigen hundert Einheimischen auf dem Weg zum WAA-Gelände. Kaum angekommen, ging in unmittelbarer Nähe eine Gasgranate der Polizei nieder, und in Sekundenschnelle war die Sportübungsleiterin „nimmer mehr da“. Weil sie kaum Luft bekam und das Medikament des Arztes, ein Notfall-Spray, „gar nicht richtig aufnehmen konnte“, wurde sie unverzüglich ins Krankenhaus eingeliefert.

Ihr Glück. Der Notarzt auf der Intensivstation stellte ein beginnendes Lungenödem und Atemschock fest – „akute Lebensgefahr“. Nur „eine Verkettung glücklicher Umstände“, die schnelle medizinische Betreuung vor Ort und der zügige Abtransport, befand der behandelnde Arzt Angebrand hinterher, „hat ermöglicht, daß wir das Mädchen da lebend rausgekriegt haben“.

Die Art der Verletzungen unter den Gasgeschädigten von Brokdorf und Wackersdorf war ebenso vielschichtig wie problematisch. Noch Tage nach der Rückkehr stellten Ärzte bei Demonstranten „Brustschmerzen und Atembeschwerden“ fest, „deren Auswirkungen nach ca. 8 Tagen am stärksten waren“, wie es in einer Diagnose aus Schwäbisch-Gmünd vermerkt ist.

Brokdorf-Protestler klagten nach der Kundgebung im Juni in der Wilstermarsch in Arztpraxen über „starke Lungenstiche“, „Hornhaut-Verätzungen“, „Risse in der Haut, aus denen sogar teilweise Blut sickerte“, oder „Rückenbeschwerden und ein rechtsseitiges Spannungsgefühl im Bauch: Er war aufgebläht wie ein Luftballon“.

Besonders schlimm aber traf es die Leute in der Oberpfalz, die monatelang



**Wasserwerfereinsatz in Brokdorf: Panikgefühl nach dem Sprühregen**



CS-Hubschraubereinsatz in Wackersdorf: „Blasen in der Nase und einen wehen Mund“

- ▷ eine „deutlich erhöhte Blutungsneigung“ im Zahnfleisch oder in der Nase und erhöhte Ferritinwerte wie bei Alkoholikern, die auf eine „akute sehr schwere Leberschädigung“ schließen lassen,
- ▷ einen „ganz schweren Halsabszeß“ neben den Mandeln mit „ausgeprägter Kiefernklamme“, der im schlimmsten Fall tödliche Folgen haben könnte und deswegen operiert werden mußte,
- ▷ „flohstichartige“, rote Hautflechten, die in ihrer Wirkung Verbrennungen nahekommen.

Pharmakologen der Münchner Ludwig-Maximilian-Universität haben mit Untersuchungen „unter Laborbedingungen“ die Erkenntnisse Dauderers bestätigt. Die Einwirkung von CS, so der Toxikologie-Professor Werner Lenk, verursache im menschlichen Blut eine „Hämolyse“ – eine Art „Blutzeretzung“, bei der die „roten Zellen zum Platzen gebracht“ werden und der „Sauerstoff-Transport des Blutes gefährdet“ wird.

Die ärztlichen Erkenntnisse über inzwischen rund 200 CS-Patienten belegen eindrucksvoll, was Kritiker des CS-Reizstoffes stets befürchtet haben, was aber von CDU/CSU-Politikern, die sich ihrerseits auf Wissenschaftler berufen, bis heute abgetan wird.

Die Innenminister der unionsgeführten Bundesländer haben das umstrittene „Supertränengas“, wie es der Bundesgrenzschutz lobt, ins Waffenarsenal der Polizei aufgenommen. Der Bayer Karl Hillermeier (CSU) und der Kieler Innenminister Karl Eduard Claussen (CDU) haben als erste einen CS-Einsatz angeordnet. Die beiden Unionspolitiker berufen sich auf die Technische Kommission der Innenminister-Konferenz (IMK), die den Einsatz als „medizinisch unbedenklich“ einstuft. Auch das jüngst erschienene „Polizei Lexikon“ von Reinhard Rupprecht, Ministerialdirigent in Friedrich Zimmermanns Bonner Innenministerium, sieht bis heute „keinen Anhalt“ dafür, daß CS „bei Beachtung der Vorschriften Schäden erzeugen“ könnte.

Die IMK-Fachreferenten behaupten weiterhin, daß CS-Wirkungen allenfalls ungemütliche, aber ungefährliche „Reizungen der Nasen- und Rachenschleimhaut, Lidzucken bis Lidkrampf, Tränen- und Nasenfluß, Speichelfluß, Hautbrennen, Niesen, Übelkeit, vermeintliche



Behandlung einer CS-Verletzung\*  
In Sekunden zusammengebrochen

gegen die Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf protestierten.

Bei dem Schwandorfer Buchhändler Erwin Mayer, einem Zwei-Zentner-Mann, bildeten sich, nachdem er mit CS abgewehrt worden war, zwei Wochen lang auf Ober- und Unterschenkeln immer neue „fünfmarkstückgroße Blasen mit Wasser“, die teilweise vernarben und erst durch massive Cortison-Behandlung langsam zurückgingen. Ärzt-

liche Diagnose: „Toxische Dermatitis“. Die Burglengenfelder Hausfrau Cäcilia Hartl, 49, war über Jahre „pumperlggesund“ und bis zur Teilnahme an einer Anti-WAA-Demo eine leidenschaftliche Bergsteigerin – sie kraxelte mühelos auf Dreitausender. Dann ging in ihrer Nähe, weit weg vom Bauzaun, eine Gasgranate nieder, so daß sie „keine Luft mehr kriegte“ und in Panik flüchtete. Auf dem Weg nach Hause bekam sie „Blasen in der Nase und einen wehen Mund“.

Eine Woche später war es „ganz schlimm“. Sie klagte über „Anfälle von Atemnot aus heiterem Himmel, Eiter, dicke Augen“. Nach ärztlichem Befund war sie tagelang „durch Intoxikation gesundheitlich deutlich geschwächt und arbeitsunfähig“. Bergsteigen? „Nix“, sagt sie, sie habe monatelang „keinen Berg mehr machen gekonnt“.

Krankheitsfälle wie der Cäcilia Hartls gab es in der Oberpfalz, wo der Protest gegen die Atoanlage von allen Bevölkerungsschichten getragen wird, zuhauf. Vor allem dort konnten Mediziner „neuerdings den Nachweis“ erbringen, wie der Münchner Toxikologe Dauderer sagt, daß es sich bei CS-Verletzungen „in der Regel um toxische Symptome“ und eben nicht nur um Allergien handelt.

Dauderer, Verfasser des einzigen westdeutschen Handbuchs für klinische Toxikologie, stieß bei den Gasopfern in seiner Ambulanz sogar auf „völlig unbekannte Dinge, von denen man bisher noch nichts gewußt hat“. Der international erfahrene Giftexperte, der auch nach der Chemiekatastrophe im indischen Bhopal als Experte zu Rate gezogen wurde, diagnostizierte bei CS-Opfern

\* In Wackersdorf, Ostern 1986.



**Schwandorfer Internist Angebrand**  
„Medizinisch eine Unmöglichkeit“

Atemnot und ein beklemmendes Angstgefühl, Hautrötung“ sein können. Alle Begleiterscheinungen seien aber, „bis auf wenige Fälle“ von leichten Kopfschmerzen, „nach ca. 20 bis 30 Minuten abgeklungen“.

Die Sicherheitsexperten der IMK preisen die vermeintlichen Vorzüge von CS gegenüber dem bislang beigemischtem traditionellen Tränengas CN. Danach

- ▷ wirkt CS bei gleicher Konzentration schneller als CN,
- ▷ wirkt CS bei gleicher Konzentration auf ungeschützte Personen wesentlich stärker als CN,
- ▷ wirkt CS örtlich und zeitlich begrenzter als CN; Demonstranten und Polizisten, die vom Einsatzort weiter entfernt sind, bleiben nahezu unbehelligt, Geschädigte erholen sich schneller.

Die gesundheitlichen Risiken werden von den IMK-Fachleuten ignoriert. „Medizinisch eine völlige Unmöglichkeit“, beanstandet Facharzt Angebrand das undifferenzierte Loblied auf CS, „ich weiß nicht, wer die aufgeklärt hat.“

Nach Wackersdorf und Brokdorf ist es denn auch prompt zu einer Neuauflage des alten politischen Streits um CS gekommen. Die Gegensätze könnten kaum größer sein: Bayerns Ex-Innenminister Hillermeier, den seine Gegner als „Killermeier“ verunglimpfen, stuft CS als „auf längere Zeit ungefährlich“ ein, sein saarländischer SPD-Kollege Friedel Läßle fordert statt dessen, das „hochgefährliche Teufelszeug“ aus den polizeilichen Waffenarsenalen „ein für allemal zu beseitigen“.

Das haben die Bremer konsequent getan. Sie verwenden kein CS-Gas und lagern es auch nicht. Werden Bremer Polizisten in anderen Bundesländern ein-

gesetzt, dürfen sie auch dort kein CS-Gas benutzen. Als einziges Bundesland hat Bremen im Polizeigesetz ein CS-Einsatzverbot verankert.

Die unterschiedliche Bewertung von CS gefährdet die seit Jahrzehnten reibungslos funktionierende Zusammenarbeit der westdeutschen Länderpolizeien, die sich in Notfällen gegenseitig unterstützen. So standen bayrische und baden-württembergische Bereitschaftspolizisten ihren hessischen Kollegen bei den Krawallen um die Frankfurter Startbahn West zur Seite. Und zur berüchtigten Schlacht um Brokdorf 1981 und auch in diesem Sommer rückten Beamte gleich aus mehreren Bundesländern an.

Mit der grenzübergreifenden Kooperation könnte es „bald vorbei“ sein, kündigt nun der Saarländer Läßle an. In Hessen, wo die Sozialdemokraten auf ihre grünen Regierungspartner Rücksicht nehmen müssen, wird die Zusammenarbeit mit landesfremden Polizei-



**Münchener Toxikologe Dauderer**  
„Deutlich erhöhte Blutungsneigung“

beamten von den Alternativen längst zur Disposition gestellt. Andererseits droht Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß, keine bayrischen Polizisten mehr nach Hessen zu schicken, wenn deren Gesundheit, wie er es bei den Anti-Atom-Krawallen Anfang November in Hanau empfand, „derart leichtfertig aufs Spiel gesetzt wird“.

Der saarländische Innenminister will das Reiz-Thema bei einer der nächsten Innenminister-Konferenzen erneut „auf die Tagesordnung setzen lassen“. Wie die Bremer will auch Läßle nicht hinnehmen, daß saarländische Polizisten bei einer Amtshilfe-Aktion etwa in Bayern an Einsätzen beteiligt werden, wenn die „Einheitlichkeit“ der polizeilichen Einsatzmittel „nicht mehr gewährleistet“ ist.

Die Unions-Regierungen, die CS beim Wasserwerfereinsatz bedenkenlos beimischen lassen, stützen sich auf eine „gutachterliche Stellungnahme“ des Fraunhofer-Instituts für Toxikologie. Die Wissenschaftler werteten einige internationale Studien aus und erklärten das

„Kotzgas“ (Szenejargon) zu einem „optimalen Vertreter der biologisch als Reizstoffe wirkenden Verbindungen“. CS sei gegenüber CN ein „Gewinn an Wirksamkeit und Sicherheit“. Seine Reizwirkung übertreffe die „allgemeine Giftwirkung bei Zufuhr über den Luftweg um ein Vielfaches, so daß eine Schädigung ohne Zwang überhaupt nicht herbeizuführen ist“.

Das Gutachten, bereits 1979 verfaßt, aber unter Verschuß gehalten und nicht öffentlich diskutiert, ist „in vielerlei Hinsicht umstritten“ (Dauderer). So werteten die Forscher lediglich vorhandene Literatur aus, verzichteten aber auf eigene Versuche. Die Berichte wiederum sind „nur sehr unvollständig verarbeitet worden“, wie der jüngst verstorbene Tränengas-Experte Alfred Schrempf kritisierte, insbesondere eine „Reihe CS-kritischer Untersuchungen“ fehlte.

Der Chemiker Griebhammer behauptet, das Gutachten weise eine Vielzahl von Widersprüchen oder „mehr als dubioser“ Feststellungen auf. So wird in der Fraunhofer-Studie ausdrücklich auf den „außerordentlich raschen Eintritt“ der Reizwirkung hingewiesen; schon „in wenigen Sekunden“ sei bei renitenten Atomkraftgegnern ein „Zustand der Handlungsunfähigkeit“ herbeigeführt. Andererseits vertrauen die Gutachter darauf, daß sich Widersacher dem Gas „durch die sofortige Flucht in der Regel“ noch entziehen können.

Während der Gaseinsätze in Brokdorf und Wackersdorf waren zahlreiche Demonstranten innerhalb von Sekunden zusammengebrochen, unfähig, sich zu bewegen. Georg Lotter aus dem oberpfälzischen Schwandorf erlebte am WAA-Gelände, wie Mütter und Kinder umfielen und „direkt mit den Gesichtern am Boden“ liegenblieben.

Andere Demonstrationsteilnehmer rannten panisch und orientierungslos durch den Forst oder die Wilstermarsch, verfielen in Gräben und Abwasserkanäle – für Ärzte keineswegs überraschend. Denn wenn sich CS im Körper des Menschen in Minutenschnelle abbaut, entsteht letztlich auch Blausäure, die auf das zentrale Nervensystem wirkt und zu „geistiger Verwirrung“ führen kann. Eine „bekannte Nebenwirkung“, sagt Dauderer, „die man ständig unter den Tisch fallen läßt“.

Als nachweislich unhaltbar erwies sich auch die Auffassung der Fraunhofer-Forscher, wonach „verlängerter Kontakt mit der eingenähten Kleidung“, wie es im Gutachten heißt, „keinen anhaltenden Hautreiz“ erzeuge und für Blasenbildung „unrealistische Verhältnisse erforderlich“ seien. In Wackersdorf und Brokdorf machten malträtierte Atomkraftgegner gegenteilige Erfahrungen.

Wissenschaftler hatten die Politiker frühzeitig auf Widersprüche und gegensätzliche Erkenntnisse aufmerksam gemacht. Der Kieler Toxikologe Otmar Wassermann warnte vor einer „lebens-



Gasgranaten der Polizei: „Risse in der Haut ...“

gefährlichen Unkenntnis über die Toxizität dieser Substanz“. In einem Gutachten für das niederländische Innenministerium beklagten Mediziner und Pharmazeuten den „Mangel an Daten zur Bestimmung“ möglicher Spätschäden, etwa Krebs oder erbgutschädigender Art. Außerdem warnte das Gutachten vor der „Gefahr der Erkrankung der Schilddrüse, der Leber, der Nieren und der Milz“ bei hohen CS-Dosen oder mehrfachem Gaskontakt.

Um solche Bedenken zu widerlegen, ordneten die Innenminister von Bund und Ländern eigene Tests an. Rund 200 Versuchspersonen mußten sich im Wasserwerferregen „der Wirkung der Reizstoffe“ aussetzen. Als Beleg für die Harmlosigkeit des Gases war die Reizprobe allerdings untauglich. Als Testpersonen beteiligten sich ausnahmslos junge, sportliche und kerngesunde Polizisten, mit der bunten Schar von Demonstranten keineswegs vergleichbar. Zudem wurde der Reizstoff lediglich „durch Abregnen an die Probanden gebracht“, so ein internes IMK-Papier, oder durch kurze „Strahlstöße“.

„Von direktem Ansprühen, ja über längere Zeit“, wie im Taxöldener Forst oder der Wilstermarsch, wo Kernkraftgegner zum Teil stundenlang im CS-Regen standen, sei in den Gutachten „nirgendwo etwas geschrieben“, moniert denn auch der Schwandorfer Arzt Wolf-Dieter Grahn.

Auch läßt sich der Gasanteil in den Wasserwerfern längst nicht so genau regulieren, wie Politiker und Einsatzführer der

Polizei vorgeben. Da das kristalline CS-Pulver praktisch wasserunlöslich ist, wird es dem Wasser, versetzt mit einem Lösungsmittel, erst kurz vor Austritt des Strahls aus der Düse beigemischt. Ein gleichbleibender Gasanteil läßt sich so nicht garantieren und einhalten.

Verstärkt wird die toxische Wirkung sogar noch, wenn CS-Schwaden in nasser Demonstrantenkleidung stundenlang verdampfen, im Laub des Unterholzes hängen oder, wie in Wackersdorf, von tief kreisenden Hubschraubern immer wieder in die Menschenansammlungen



CS-Opfer in Wackersdorf ... aus denen sogar Blut sickerte“

gefächert werden. Der Münchner Mediziner Dauderer wirft der Polizei denn auch „Fahrlässigkeit“ vor, weil deren Einsatzbedingungen einfach „nicht den Untersuchungen“ entsprochen hätten.

Das „Kriminellste an der ganzen Geschichte“, so Dauderer, sei jedoch die wechselweise Verwendung von CN und CS wie in Wackersdorf, obgleich von der Wechselwirkung der beiden Substanzen bislang nichts bekannt sei. „Keine einzige Maus auf der ganzen Welt“, sagt Dauderer, sei bislang „erst CN und dann CS ausgesetzt“ gewesen. Gleichwohl habe die bayrische Polizei „auf die eine Schädigung noch eine andere draufgesetzt“.

## INTENDANTEN

### Wie gebrochen

**Friedrich Wilhelm Räucher, ein Vorreiter der Wende beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk, tritt zurück – zermüht von Konflikten mit der eigenen Partei.**

Der Norddeutsche Rundfunk meldete nicht, was sich beim Norddeutschen Rundfunk ereignete. Ende November legte sich der NDR-Verwaltungsrat in Hamburg gegen Pläne für ein viertes Radioprogramm quer: Die Zustimmung zu einer neuen Kulturwelle für Norddeutschland mit Symphonien, Bildungs- und Schulfunk wurde verschoben.

Am Tag danach meldete sich Intendant Friedrich Wilhelm Räucher (CDU) krank. Er hatte das Programm-Projekt offensiv vertreten und war deswegen mit Unionsleuten in den Aufsichtsgremien aneinandergeraten.

Anfang letzter Woche resignierte Räucher „aus gesundheitlichen Gründen“. Im kommenden Jahr, so kündigte der 58jährige an, gibt er seinen Posten auf.

Christdemokrat Räucher, seit Juli für weitere sechs Jahre im Amt, hat sich im Clinch mit seinen Parteifreunden um den öffentlich-rechtlichen Rundfunk aufgerieben. „Die haben ihn Anfang des Jahres, als er gerade eine Herzoperation hinter sich hatte, im Bett hochgeschleucht“, erinnert sich ein Rundfunkrat, „weil er das ihnen mißliebige ARD-Satellitenprogramm ‚Eins plus‘ schnell noch verhindern sollte.“

Bittere Pointe: Räucher hatte sich für den neuen Fernsehkanal, den er aus Parteiraision vom Krankenbett aus stoppen sollte, immer stark gemacht. Die ARD setzte das Programm dann auch gegen den Widerstand der CDU/CSU durch.

Die Ministerpräsidenten der Union dagegen kämpfen für Privatprogramme und befürchten von einer – auch vom früheren ARD-Vorsitzenden Räucher geforderten – „Entwicklungsgarantie“ für das öffentlich-rechtliche System eine geschäftsschädigende „Kanalverstopfung“.

erfassung vor, die Mehrheit aller Parlamentssitze, also 78 Stimmen. Zufallsmehrheiten zählen nicht. Schröder sieht sich dennoch in einer „blendenden Situation“, er will weiter „zermürben“.

Angefangen hat er schon: Vorige Woche ließ er die CDU-Regierung auflaufen, die das eilig nachgebesserte Landesrundfunkgesetz, dessen alte Fassung im November vom Bundesverfassungsgericht verworfen worden war, ohne lange Beratung durchziehen wollte.

CDU und FDP baten Schröder um ein Abkommen, das „Pairing“: Die Opposition solle freiwillig ebenso viele Abgeordnete aus der Abstimmung nehmen, wie bei der Regierungskoalition fehlen. Albrecht: „Eine Frage der Fairneß.“

Schröder lehnte ab: Als noch die SPD mit einer Stimme Mehrheit regierte, hätte die CDU das Pairing auch nicht mitgemacht. 1970 mußte sogar, zur Wahl des SPD-Ministerpräsidenten Alfred Kubel, der schwerkranke SPD-Abgeordnete Georg Diederichs im Rollstuhl ins Parlament gefahren werden.

Der CDU blieb nichts anderes übrig, als die Novelle des Mediengesetzes von der Tagesordnung zu nehmen. Schröder setzte noch eins drauf: Wenn es in Zukunft ein Pairing geben sollte, müsse erst einmal eine Enquete-Kommission „Sondermüll“ eingesetzt werden. Ein solches Gremium, das eine Giftmüll-Bestandsaufnahme erarbeiten soll, ist von der CDU bisher abgelehnt worden.

Albrecht, in der Defensive, reagierte sauer. Pairing dürfe „kein Tauschgeschäft“ werden, es solle nicht so weit kommen, daß Lahme auf der Trage ins Parlament gebracht werden müssen.

Das will auch Schröder nicht, der es bis zur Genesung der beiden CDU-Parlamentarier genießt, „daß die Christdemokraten jetzt zu mir betteln kommen müssen, und ich kann nein sagen“. Die Situation „ist Gift für Albrecht“, so Schröder, „dem stinkt das“.

Wohl möglich. Albrecht, ein Mann einsamer Entscheidungen, muß nun doppelte Rücksicht nehmen: auf den Koalitionspartner FDP und auf den Sozi Schröder. Das schadet dem Renommee des Ministerpräsidenten auch in den eigenen Reihen. Ein CDU-Mann aus der Landtagsfraktion: „Der merkt jetzt, daß ihn nicht alle Parteifreunde lieben.“ Und in der niedersächsischen Landesgruppe der Bonner Unionsfraktion wird bereits laut nachgedacht, „ob Albrecht noch die ganze Legislaturperiode als Ministerpräsident arbeitet oder nach zwei Jahren aussteigt“.

Albrecht selbst sinnierte: „Wenn man elf Jahre regiert, kann man schon mal darüber nachdenken, eine Verjüngung vorzunehmen. Vorher sollten die Dinge eingehend überlegt werden.“

Daran beteiligt sich auch Gerhard Schröder: „Die dünne Mehrheit bringt Albrecht eine dünne Haut.“ Bis 1990, dem Datum der nächsten Landtagswahl, „muß ich nicht unbedingt warten“. ◆